

Bundestagswahl 2005

Reformen mit stabilen Mehrheiten vorantreiben

von Ludwig Georg Braun



Der Wähler hat entschieden. Wir brauchen jetzt stabile Mehrheiten. Denn trotz unklaren Votums gibt es keine Alternative zu weiteren Reformen. Wir werden die neue Regierung nicht an ihren Farben, sondern an ihrer Reformagenda messen. Rot-Rot-Grün muss jedoch in jedem Fall verhindert werden.

Der Reformbedarf wird nicht kleiner, auch wenn der gemeinsame Nenner zwischen Koalitionsparteien kleiner ist. Denn die Lage ist ernst und die Zeit drängt: Fünf Millionen Arbeitslose, ein geschätztes Bundesdefizit von mehr als 50 Milliarden Euro im Jahr 2006 und das regelmäßige Verletzen des Maastrichtvertrages sprechen eine klare Sprache. Als Folge müssen über 80 Prozent der Steuereinnahmen des Bundes allein für Schulden, Arbeitslosigkeit und Rente ausgegeben werden. Die Welt verändert sich nicht nur insgesamt rasanter, auch der einzelne Bürger sieht sich einem beschleunigten Wandel seiner persönlichen Arbeits- und Lebenswelt gegenüber. Hinzu kommen die Herausforderungen der demografischen Entwicklung, auf welche bisher zu langsam und nur halbherzig reagiert wurde. Zu oft hat sich hier auch unser föderales System

als Handicap erwiesen, weil durch die langwierige Suche nach kleinsten gemeinsamen Nennern von Bund und Ländern viel kostbare Zeit verschwendet wurde. Eine Föderalismusreform zur Neuordnung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern bleibt eine vordringliche Aufgabe.

Die Koalitionsvereinbarungen müssen den Charakter einer politischen Selbstverpflichtung haben: Mit klaren Zielen, eindeutigen Reformschritten und festen Zeitvorgaben. Das stabilisiert eine Koalition in der Sache und auf der Zeitachse. Eine solche Selbstverpflichtung erleichtert es zudem, der Bevölkerung die Etappen für die einzelnen Reformschritte vor Augen zu führen. Das nimmt Menschen die Angst vor Veränderungen und ermöglicht eine schrittweise, gleichwohl entschlossene Modernisierung.

Wichtig ist aber auch, dass wir erkennen: Nicht der Staat alleine ist gefordert. Reformen beginnen in den Köpfen der Einzelnen. Jeder muss seine Verantwortung wahrnehmen und weniger als bislang auf den Staat setzen. Hier einen Perspektivwechsel zu schaffen, ist entscheidend: Selbstvertrauen statt Staatsvertrauen lautet das Motto.

Im Einzelnen brauchen wir

- eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und beschäftigungsfreundlichere Sozialsysteme,

- eine umfassende Reform der Steuergesetze und Konsolidierung des Haushalts,
- weniger Bürokratie für den Mittelstand.

Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und beschäftigungsfreundliche Sozialversicherungen

Neue Arbeitsplätze sind die Herausforderung Nummer Eins. Nur mit mehr Arbeitsplätzen erhalten die Menschen wieder persönliche Perspektiven. Und nur mit mehr Arbeitsplätzen lassen sich echte Steuer- und Beitragsentlastungen finanzieren. Die Vereinbarungen des Jobgipfels bieten eine erste Grundlage für zügiges Handeln.

Zu den vordringlichsten Reformen am Arbeitsmarkt gehören:

- Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für Abweichungen vom Tarifvertrag auf betrieblicher Ebene. Ich halte es in diesem Zusammenhang für selbstverständlich, dass dann Unternehmen als Gegenleistung für längere Arbeits- und Weiterbildungszeiten ohne Lohnausgleich auch langfristige Investitionszusagen machen.
- Eine Beschränkung des Kündigungsschutzgesetzes auf Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten. Er sollte darüber hinaus generell erst nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit gelten. Unternehmensbefragungen zeigen: Vor allem für kleinere Betriebe ist das komplizierte Kündigungsschutzrecht mit seinen arbeitsrechtlichen Unwägbarkeiten eine klare Einstellungsbremse. Gerade diese Unternehmen sind aber das Rückgrat

von Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland.

- Eine Abkopplung der Kranken- und Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen. Damit würde ein Kostenblock von bisher rund 16 Beitragspunkten zur Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis abgelöst – ein klares Signal für weniger Lohnzusatzkosten und mehr Arbeit in Deutschland. Gerade die beschäftigungsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen würden davon profitieren.
- Maßnahmen zur Sicherung der Rentenversicherung, wie die stufenweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67.

Umfassende Reform der Steuergesetze und Konsolidierung des Haushalts

Die Diskussion über die Steuerpolitik hat im Wahlkampf zu Recht eine große Rolle gespielt. Wir brauchen eine durchgreifende Vereinfachung mit niedrigeren Sätzen in der Unternehmens- und der Einkommensbesteuerung. Die Eckpunkte des Jobgipfels müssen hier Ausgangspunkt für die weiteren Beratungen sein. Es muss auf Sicht zu echten Entlastungen kommen, um die deutschen Unternehmen im internationalen Steuerwettbewerb konkurrenzfähig zu machen. Eine Entlastung kann sicher nicht in einem einzigen Schritt erfolgen. Entscheidend ist jedoch, dass am Anfang der Legislaturperiode auch hier in der Selbstverpflichtung der Bundesregierung eine klare zeitliche Abfolge von Sparmaßnahmen und Reformetappen formuliert wird.

Bei der Diskussion über die Steuerpolitik dürfen zudem zwei wichtige Themen nicht aus dem Blickpunkt geraten: Die bereits auf dem Jobgipfel vereinbarte Erleichterung der Betriebsübergabe durch eine mittelstandsfreundliche Reform der Erbschaftsbesteuerung muss ebenso kommen wie die Abschaffung der Gewerbesteuer zugunsten einer modernen Kommunalsteuer, die den Kommunen weiter verlässliche Einnahmen sichert.

Isolierte Steuererhöhungen oder Einnahmeverbesserungen durch breitere Bemessungsgrundlagen wären hingegen das falsche Signal. Ich halte es deshalb auch für falsch, an den Anfang der Reformarbeit eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu setzen. Zwar ist das Ziel einer Senkung der Lohnzusatzkosten über die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung richtig, die Gegenfinanzierung über die Mehrwertsteuer aber verfehlt. Der Reformdruck auf das gegenwärtige System der Arbeitslosenversicherung wird reduziert. Rundweg abzulehnen wäre es aber, wenn jetzt die Ministerpräsidenten einen Teil dieser Mehrwertsteuererhöhung für ihre eigenen Haushalte reklamieren würden. Das wäre dann eine klare Erhöhung der gesamten Steuer- und Abgabenlast in Deutschland.

Weniger Bürokratie für den Mittelstand

Mehr als 5.000 Gesetze und Verordnungen mit mehr als 85.000 Einzelschriften lähmen hierzulande unternehmerische Kreativität und Gestaltungskraft. Die negativen Folgen spürt vor allem der Mittelstand: 84 Prozent der Bürokratiekosten tragen kleinere und mittlere Unternehmen. Bürokratie ist dort gezwungenermaßen Chefsache zu

Lasten des unternehmerischen Engagements. Künftig darf Bürokratieabbau deshalb nicht erneut an Ressortegoismen scheitern. Es muss schon im Koalitionsvertrag festgezurrt werden, wer hier das Entscheidungsrecht hat: Entweder das Kanzleramt oder ein beauftragtes Ministerium muss letztlich das Ressortprinzip überwinden können. Nur so erhält der Bürokratieabbau den notwendigen Schub.

Engagement der Wirtschaft

Deutschland ist und bleibt ein Land guter Perspektiven. Die deutsche Wirtschaft versteht sich als konstruktiver Partner von Politik und Gesellschaft. Über Vorschläge und Forderungen hinaus stehen wir für unternehmerisches Engagement am Standort Deutschland als Basis für mehr Arbeitsplätze. Gerade in einer Situation, in der die Grenzen staatlichen Handelns immer sichtbarer werden, ist nicht nur der Einzelne gefordert, sondern auch gesellschaftliche Institutionen von Familien über Schulen und Vereine bis hin zu den Unternehmen und ihren Eigentümern. Die IHK-Organisation bündelt solches ehrenamtliche Engagement zum Nutzen der Gesamtgesellschaft.

- Ein besonderes Beispiel hierfür ist der Pakt für Ausbildung. Er ist nicht nur in der Sache ein Erfolg, er ist ein Beispiel für das Engagement der Wirtschaft im Rahmen ihrer eigenen Selbstverwaltung. Wir bieten der neuen Bundesregierung deshalb eine Fortsetzung des Ausbildungspaktes an.
- Die Beschäftigung Älterer ist angesichts der demografischen Entwicklung sowie der ganz persönlichen Situation jedes

Betroffenen eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die IHK-Organisation arbeitet deshalb an Vorschlägen, wie sie gemeinsam mit der Bundesregierung eine bessere Integration Älterer in das Wirtschaftsleben erreichen kann. Dabei können wir insbesondere unsere großen Erfahrungen in der Weiterbildung einbringen.

- Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Ziel. Für die Betriebe wird schon bald der Wettbewerb um die besten Fachkräfte stärker. Damit Erwerbsarbeit für Eltern leichter wird und die Zahl der Kinder in Deutschland wieder zunimmt, brauchen wir ein stärkeres Gewicht für die Familienpolitik. Ich biete an, gemeinsam mit der künftigen Bundesregierung, die Initiativen in diesem Bereich fortzuführen und weiterzuentwickeln.